Auszug aus dem Protokoll

Sitzungsdatum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Ordnungsnummer
21.10.2026	7	55	5379	00.06.04

Postulat Markus Wüest (SP) und Mitunterzeichnende betreffend «Prüfung der ICT-Infrastruktur der Gemeinde im Hinblick auf die digitale Souveränität», Erheblicherklärung

Ausgangslage

Am 27. Mai 2026 wurde folgendes Postulat eingereicht:

Erstunterzeichner: Markus Wüest (SP)
Mitunterzeichnende: Manuel Buser (GFL), Beatrix Herren (GFL), Bruno Vanoni (GFL), Hans-Jörg Rothenbühler (Die Mitte), Karin Walker (EVP), Ruth Kaufmann (parteilos/GFL), Annette Tichy (parteilos/GFL), Marceline Stettler (parteilos/GFL)

«Antrag
Der Gemeinderat wird beauftragt einen Bericht zum Stand und zur Weiterentwicklung der digitalen Souveränität der von der Gemeinde verwendeten ICT-Infrastruktur zu verfassen. Der Bericht soll folgende Punkte erläutern:

1. *Wie beurteilt der Gemeinderat die Bedeutung der ICT-Infrastruktur für die Funktion der Gemeinde und der Schulen in Zollikofen?*
2. *Welche Strategien und Ziele verfolgt der Gemeinderat zur Sicherstellung der ICT-Funktionalität für die Gemeinde?*
3. *Wie beurteilt der Gemeinderat die aktuelle Situation und die Bedeutung der digitalen Souveränität für die Sicherstellung dieser Funktionen?*
4. *Welche Optionen sieht der Gemeinderat zur Vermeidung von Abhängigkeiten und potentiellen Problemen im Bereich der digitalen Souveränität seiner ICT-Infrastruktur?*
5. *Wie könnte der Gemeinderat diese Optionen in künftige ICT-Beschaffungen der Gemeinde einfliessen lassen?*

Begründung
Der alltägliche Einsatz von ICT-Infrastruktur ist für die Funktion der Gemeindeverwaltung und die Schulen in Zollikofen heute selbstverständlich. Die Gemeinde steht vor diesem Hintergrund vor regelmässig wiederkehrenden Strategie- und Investitionsentscheiden, welche über einzelne Ersatzbeschaffungen hinaus eine langfristige Wirkung entfalten.

Die eingesetzten Systeme prägen die digitale Arbeitsweise in der Gemeindeverwaltung oder den Schulen über mehrere Jahre und beeinflussen damit sowohl organisatorische als auch pädagogische Rahmenbedingungen.

Aktuell besteht in verschiedenen Bereichen eine starke Bindung an etablierte Anbieterlösungen (z.B. Google Chromebooks in Schulen). Diese sind funktional und weit verbreitet, führen jedoch zu strukturellen Abhängigkeiten, welche den Handlungsspielraum der öffentlichen Hand mittel- bis langfristig einschränken können. Zudem liegen Daten und Prozesse unter Umständen ausserhalb der direkten Einflussmöglichkeiten der Gemeinde.

An seiner Sitzung vom 26.11.2025 hat der Bundesrat den Bericht in Erfüllung des Postulats 22.4411 Z'graggen «Digitale Souveränität der Schweiz» gutgeheissen. Der Bericht definiert die digitale Souveränität für die Schweiz. Er führt aus, wie diese ausgestaltet sein muss, damit der Staat seine Aufgaben auch im digitalen Raum erfüllen kann und schlägt Massnahmen vor, um die digitale Souveränität weiter zu stärken.

Vor diesem Hintergrund stellt sich auch für die Gemeinde Zollikofen die Frage, wie digitale Souveränität verstanden und wie ein möglichst selbstbestimmter Umgang mit Infrastruktur, Daten und Systemen angemessen geplant und umgesetzt werden kann.

Ziel dieses Postulats ist kein «Systemwechsel». Vielmehr soll eine fundierte Entscheidungsgrundlage geschaffen werden, welche die Auswirkungen verschiedener Optionen (z.B. vermehrter Einsatz von Open-source-Software, Kooperationsformen bei Beschaffung und Betrieb) transparent macht und mittel- bis langfristige Entwicklungspfade für die digitale Infrastruktur der Gemeinde aufzeigt.

Antwort Gemeinderat

Was ist Digitale Souveränität
Digitale Souveränität ist die Fähigkeit, die Kontrolle über die eigene Infrastruktur, die eigenen Systeme und Daten zu behalten. Digitale Souveränität heisst, langfristig die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit zu gewährleisten sowie sich technologischen Entwicklungen anpassen zu können. Für die Gemeinden bedeutet dies, die Kontrolle über ihre eingesetzten Systeme zu behalten und die Daten zu schützen.

Antrag 1: Wie beurteilt der Gemeinderat die Bedeutung der ICT-Infrastruktur für die Funktion der Gemeinde und der Schulen in Zollikofen?
Der Gemeinderat ist sich der Bedeutung der Informatik bewusst und er weiss um die Wichtigkeit der strategischen Steuerung in der Informatik. Für die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben der Gemeinde ist eine gut funktionierende ICT-Infrastruktur unabdingbar. Die Anforderungen an eine moderne Gemeinde wachsen stetig. Einwohnerinnen und Einwohner erwarten heute flexible, schnelle und unkomplizierte Dienstleistungen.
Die digital verarbeiteten Daten sind ein sensibles und schützenswertes Gut. Für ihre Bearbeitung benötigen sie, neben der erforderlichen Aufmerksamkeit, eine sichere und aktuelle IT-Infrastruktur sowie etablierte Prozesse für Wartung und Störungsbehebung.

Die an der Schule Zollikofen eingesetzten Geräte gewährleisten die Umsetzung des pädagogischen Konzepts. Mit einem zeitgemässen Unterricht wird den Forderungen des Modullehrplans «Medien und Informatik» im Lehrplan 21 entsprochen. Der Lehrplan 21 sieht das gezielte Handling (Methodik) für den Unterricht von Lernapps (Software) vor. Es ist heute aus dem Schulalltag nicht mehr wegzudenken.

Antrag 2: Welche Strategien und Ziele verfolgt der Gemeinderat zur Sicherstellung der ICT-Funktionalität für die Gemeinde?
Der Gemeinderat hat im Dezember 2024 mit dem ICT-Konzept Gemeindeverwaltung festgelegt, wie die ICT-Mittel einzusetzen sind, um die sich stellenden Bedürfnisse und Anforderungen der Gemeindeverwaltung und der Schuladministration (exkl. Unterrichtsbereich der Schule und der Schulleitung) bedienen zu können. Gemäss ICT-Konzept Gemeindeverwaltung gelten die folgenden Leitsätze:

- Für den Betrieb der Anwendungen wird eine wirtschaftliche, stabile und sichere ICT-Infrastruktur eingesetzt.
- Die ICT verfügt über die technischen und finanziellen Mittel sowie auch das nötige Fachwissen zur Umsetzung der Vorgaben des Gemeinderats bezüglich Informationssicherheit und Datenschutz.
- Die technischen Voraussetzungen erlauben, dass Behörden und Mitarbeitende Teile ihrer Arbeit ortsunabhängig elektronisch erledigen können.

- Bei ICT-Störungen und Problemen ermöglicht ein etablierter Supportprozess ein rasches Weiterarbeiten.
- Die Mitarbeitenden kennen ihre Anwendungen und nutzen die ICT-Mittel wirtschaftlich.
- Die ICT fördert gemeinsam mit den Fachbereichen die Digitalisierung der Verwaltungsabläufe sowie die Bereitstellung eines orts- und zeitunabhängigen Dienstleistungs- und Informationsangebots für die Bevölkerung und für die Unternehmen.

Der Schulalltag ist heute in hohem Mass von digitalen Technologien, vernetzter Kommunikation und datenbasierten Anwendungen geprägt. Das Internet, mobile Endgeräte, cloudbasierte Dienste sowie zunehmend auch Künstliche Intelligenz beeinflussen nahezu alle Lebens- und Arbeitsbereiche. Die Schule und der Gemeinderat Zollikofen zeigen im ICT-Konzept der Schulen auf, wie sie mit diesen Herausforderungen umgeht und welche Massnahmen notwendig sind, um eine erfolgreiche ICT-Kultur an der Schule Zollikofen zu realisieren. Das Konzept wurde durch den Gemeinderat im August 2019 (Überarbeitung im Februar 2026) genehmigt.

Antrag 3: Wie beurteilt der Gemeinderat die aktuelle Situation und die Bedeutung der digitalen Souveränität für die Sicherstellung dieser Funktionen?
Die aktuelle Inhouse-Lösung gewährleistet, dass die Gemeindeverwaltung beziehungsweise der Informatikdienst die Kontrolle über die gespeicherten Daten und die IT-Infrastruktur behält. Dabei obliegt es dem Informatikdienst, die Sicherheitsstandards festzulegen und diese mit Unterstützung der externen Vertragspartner umzusetzen.
Um die Verwaltungstätigkeiten der Gemeindeverwaltung Zollikofen zu unterstützen, werden verschiedene Applikationen eingesetzt, wobei wo immer möglich auf Individuallösungen verzichtet wird und bewährte und am Markt etablierte Standardlösungen eingesetzt werden. Es ist dabei im Grundsatz unerheblich, ob die einzusetzenden Marktlösungen auf einem Open- oder Closed-Source-Modell basieren - wichtig ist die Funktionalität der Lösung, die zur Verfügung stehenden Supportmöglichkeiten und die Wirtschaftlichkeit, basierend auf einer Gesamtbetrachtung.

Antrag 4: Welche Optionen sieht der Gemeinderat zur Vermeidung von Abhängigkeiten und potentiellen Problemen im Bereich der digitalen Souveränität seiner ICT-Infrastruktur?
Die Nutzung von Cloud-Diensten, Standardsoftware und digitalen Plattformen führt zu funktionalen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten von externen Anbietenden, insbesondere von internationalen Technologieunternehmen. Gleichzeitig sind solche Lösungen heute eine zentrale Voraussetzung für den sicheren, leistungsfähigen und wirtschaftlichen Betrieb der Informatik. Zentral sind dabei insbesondere die Datenhoheit, die Kontrolle über Zugriffsrechte, die Nachvollziehbarkeit von Datenflüssen sowie die Möglichkeit, Systeme bei Bedarf anzupassen oder zu ersetzen.
Die Bundesverwaltung wie auch die Stadt Zürich prüfen zur Zeit, sich von Microsoft abzulösen. Mittels Studien wird geprüft, inwiefern die Open-Source-Suite «openDesk» die funktionalen, technischen und wirtschaftlichen Anforderungen als Alternative zu Microsoft 365 erfüllen, um die digitale Souveränität zu stärken und Abhängigkeiten zu reduzieren. Diese Entwicklung wird aufmerksam verfolgt.

Antrag 5: Wie könnte der Gemeinderat diese Optionen in künftige ICT-Beschaffungen der Gemeinde einfliessen lassen?
Technologische Entscheidungen sollen bewusst auf Basis ausgereifter und etablierter Lösungen erfolgen. Es gilt jeweils festzulegen, welche Daten in welchen Systemen geführt werden und wie diese genutzt werden dürfen. Besonders schützenswerte Daten werden klassifiziert und unterliegen erhöhten Anforderungen hinsichtlich Speicherung, Zugriff und Verarbeitung.

Schlussbemerkungen
Digitale Souveränität bedeutet aus Sicht des Gemeinderats, die Kontrolle über besonders relevante Daten, Systeme und Kernprozesse zu behalten, Abhängigkeiten transparent zu machen und strategische Gestaltungsspielräume zu sichern. Entsprechend werden Lösungen von Schweizer Anbietenden, wo immer möglich, geprüft und im Rahmen der jeweiligen Anforderungen sorgfältig beurteilt. Dabei stehen Qualität, Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Zukunftsfähigkeit gleichermassen im Fokus. Digitale Souveränität erachtet der Gemeinderat als Daueraufgabe, dies vor dem Hintergrund der geltenden rechtlichen Vorgaben (Datenschutz, Datensicherheit). Die Abhängigkeiten von den Dienstleis-

tern bleiben bestehen. Bei Beschaffungen sind die Anforderungen an die Anwendungen sorgfältig zu prüfen, damit ein differenzierter Entscheid gefällt werden kann.

Die Anliegen des Postulats wurden mit den vorstehenden Ausführungen geprüft und beantwortet. Zusätzliche Erkenntnisse durch einen weitergehenden Bericht werden derzeit nicht erwartet.

Antrag Gemeinderat

Das Postulat Markus Wüest (SP) und Mitunterzeichnende betreffend «Prüfung der ICT-Infrastruktur der Gemeinde im Hinblick auf digitale Souveränität» wird erheblich erklärt und gleichzeitig abgeschrieben.

Beratung

GGR-Präsident Flavio Baumann (GFL): Das Eintreten ist vorgegeben. Der Postulant hat das Wort.

Markus Wüest (SP): Werte Anwesende, ich bedanke mich beim Gemeinderat für die Antworten auf meine Fragestellungen. Mit den Antworten und den Anträgen des Gemeinderats sind wir grundsätzlich einverstanden. Wir haben dazu nur wenige Anmerkungen:
Es ist gut zu sehen, dass der Gemeinderat sein ICT-Konzept vor knapp einem Jahr überarbeitet hat. 2019, als die erste Fassung genehmigt wurde, liegt in der sich rasch entwickelnden Welt der ICT schon Ewigkeiten zurück. Es lohnt sich aus meiner Sicht, dieses Konzept regelmässig in die Hand zu nehmen und zu ergänzen. Ich bin auch dankbar zu hören, dass der Gemeinderat die Datenhoheit unter seiner Kontrolle halten will. Wie wir gerade erleben – ich bin ja als Bundesangestellter bei der Publica versichert – ist das nicht einfach. Ich denke, dass es sich lohnt, diesem Punkt genügend Aufmerksamkeit zu schenken und bei der Auswahl von Software und Partnern Sorgfalt walten zu lassen. Ich erwarte von der Gemeinde auch nicht, dass sie punkto Cloud oder Open-Source-Software jede Möglichkeit sofort nutzen muss. Kostenvergleiche sind komplex und die typischen Elemente einer Vollkostenanalyse sind rasch einmal doch nicht so vollständig.
Kooperationslösungen mit anderen Behörden erachte ich aber als sinnvoll. Das kann auch in der Marktbeobachtung und dem gegenseitigen Austausch von Information passieren und muss nicht ausschliesslich die eigentliche Softwarelösung oder den Betrieb betreffen. Entwicklungen Aufmerksam zu verfolgen, kann eine Gemeinde beim aktuellen Entwicklungstempo ja rasch einmal überfordern.
Das Thema Open-Source wird auch in einer Interpellation der FDP angesprochen. Wir sind gespannt, ob der Gemeinderat sich in diesem Punkt noch konkreter positionieren will. Je nach Antwort auf die Open-Source-Interpellation oder auch bei anderen thematischen Entwicklungen werden wir uns erlauben, nachzufragen oder Forderungen zu stellen. Es lohnt sich auch für uns im GGR, hier aufmerksam zu bleiben. In diesem Sinne. Auch der Gemeinderat tut aus unserer Sicht gut daran, im ICT-Bereich proaktiv über seine Strategien und Konzepte zu informieren. Allfällige Beschaffungsgeschäfte im GGR sind in diesem Fall einfacher einzuordnen und zu diskutieren.
Ich komme zum Schluss. Wir sind mit den Antworten des Gemeinderats auf unsere Fragen zufrieden. Wir unterstützen den vorliegenden Antrag des Gemeinderats. Besten Dank für Eure Aufmerksamkeit.

Gemeinderat Markus Burren (SVP): Vielen Dank für die Erläuterungen, Markus. Für den Gemeinderat sind die im Postulat formulierten Forderungen selbstverständlich und in diesem Sinne handelt es sich um einen Dauerauftrag. Wir danken dem Postulanten, dass er der Erheblicherklärung und gleichzeitigen Abschreibung des Postulats zustimmt.

Stefan Zingre (SVP): Geschätzter Präsident, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, liebe Schüler, liebe Gäste, das Postulat «Prüfung der ICT-Infrastruktur und der digitalen Souveränität» ist ein aktuelles und auch sehr wichtiges Thema, dies konnten wir alleine diese Woche wieder mehrmals in den Zeitungen lesen. Markus hat das Beispiel Publica erwähnt, es gibt leider noch mehr Beispiele. Umso erfreulicher konnten wir den Antworten des Gemeinderats entnehmen, dass die Gemeinde der ICT-Infrastruktur sowie der digitalen Souveränität die notwendige Aufmerksamkeit beimisst und alles Notwendige dafür unternimmt, um die Kontrolle über ihre eingesetzten Systeme zu behalten und die Da-

ten bestmöglich zu schützen. Seitens der SVP-Fraktion danken wir bestens für die Beantwortung der Fragen und sehen aktuell keinen zusätzlichen Handlungsbedarf. Die Fragen wurden aus unserer Sicht kompetent beantwortet. Der hohe Stellenwert der digitalen Souveränität ist klar erkennbar und in der Gemeinde fix und fest implementiert.
Aus diesem Grund werden wir dem Antrag des Gemeinderats folgen und das Postulat erheblich erklären und es gleichzeitig abschreiben. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Manuel Buser (GFL): Lieber Präsident, geschätzte Anwesende, das gesteckte Ziel des Postulats, «eine fundierte Entscheidungsgrundlage» zu schaffen, «welche die Auswirkungen verschiedener Optionen (...) transparent macht und mittel- bis langfristige Entwicklungspfade für die digitale Infrastruktur der Gemeinde aufzeigt», ist nach unserer Auffassung nicht erreicht.
In der April-Sitzung haben wir uns bereits kritisch zum ICT-Konzept für die Schulen geäussert. Ich möchte das jetzt nicht wiederholen, dennoch zwei, drei Bemerkungen zur Antwort auf das Postulat:

- Zu Antrag 3: Man setzt auf «am Markt etablierte Standardlösungen», statt Individualsoftware. Schön und gut. Es hätte uns interessiert, wie die Konkurrenz in diesem freien Markt gespielt hat, als die Gemeinde zum Beispiel letztmals ihr Office-Paket verlängert hat. Weiter: «Es ist im Grundsatz unerheblich, ob die einzusetzenden Marktlösungen auf einem Open- oder Closed-Source-Modell basieren.» Diese Aussage zeugt nach unserer Meinung nicht von einer grossen Sensibilisierung für die Problematik. Freie Software funktioniert eben nicht einfach nach Marktgesetzen.
- In der Antwort zu Antrag 4 wird dann die Abhängigkeit beklagt, welche diese sogenannten «Marktlösungen» mit sich bringen, sie seien aber eine «zentrale Voraussetzung», dass man die IT überhaupt betreiben könne. Wahrscheinlich kann ich das als Nicht-Ökonom, und erst noch ein Grüner, nicht verstehen, aber Marktlösungen, die derartige Abhängigkeiten schaffen, erinnern mich eher an ein Marktversagen als an einen funktionierenden Markt.

Die Antworten des Gemeinderats werden wahrscheinlich nicht als Meilenstein der digitalen Emanzipation in die Geschichte eingehen. Klar, er hat die gestellte Aufgabe erfüllt und die fünf Fragen beantwortet. Mehr aber auch nicht. Wenn das Postulat abgeschrieben wird, dann sieht es danach aus, dass das Parlament gefordert sein wird, zu einem späteren Zeitpunkt konkrete Forderungen nachzureichen.

Beschluss (mehrheitlich)
Das Postulat Markus Wüest (SP) und Mitunterzeichnende betreffend «Prüfung der ICT-Infrastruktur der Gemeinde im Hinblick auf digitale Souveränität» wird erheblich erklärt und gleichzeitig abgeschrieben.